

**Statement von Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und  
Handelskammertages, zur Pressekonferenz am 6. November 2008**

**Der Kita-Check  
Kinderbetreuung in Deutschland 2008**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Familie und Beruf müssen vereinbar sein - darin sind sich alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteure einig. Dazu brauchen wir bundesweit eine flexible Kinderbetreuung, die sich an den Bedürfnissen von Eltern und Betrieben orientiert. Leider sind wir davon immer noch weit entfernt. Das zeigt unser Kita-Check 2008, in den Antworten von über 6700 Kitas eingeflossen sind. Die Ergebnisse offenbaren dringenden Handlungsbedarf!

Vor allem die Öffnungszeiten sind nach wie vor ein ganz wesentlicher Hemmschuh: 96 % der Kitas haben unter der Woche nach 18 Uhr nicht mehr geöffnet. 99 % der Kitas sind am Samstag geschlossen. Die Bemühungen von Betrieben und Mitarbeitern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeiten zu erleichtern, werden dadurch konterkariert. Auch Erwerbstätige in Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit werden hierdurch belastet.

Ein weiteres Problem stellen die Schließzeiten während der Ferien dar: Mehr als jede vierte Kita macht zwischenzeitlich zu, ohne eine gesicherte Alternativbetreuung anzubieten.

Auch die Möglichkeit, Betreuungszeiten individuell festzulegen und abzurechnen ist noch zu wenig verbreitet. Nur ein knappes Drittel der Kitas bietet diesen Service an. Bei ihnen können Eltern dann nicht nur regelmäßig halbtags oder ganztags, sondern auch unterschiedliche Betreuungszeiten pro Tag vereinbaren.

Was ist zu tun? Um den Bedürfnissen der Eltern gerecht werden zu können, müssen diese zunächst vor Ort festgestellt werden. Die IHK-Organisation fordert daher, Bedarfserhebungen in allen Kommunen durchzuführen, die u.a. die gewünschten Öffnungszeiten erfassen. Wenn bekannt ist, welchen Bedarf die Eltern tatsächlich haben, können entsprechende Schritte zur Verbesserung unternommen werden.

Unabhängig davon müssen generelle Schließzeiten am Samstag und in den Ferien ohne Ersatzangebot abgeschafft werden. Ferienzeiten müssen – ob allein oder in Kooperation mit anderen Einrichtungen – überbrückt werden. Die Kitas müssen zudem Freiräume für die Aushandlung individueller Betreuungszeiten erhalten. Verlängerte Öffnungszeiten sind dabei nicht mit verlängerten Betreuungszeiten zu verwechseln. Sie ermöglichen aber eine andere Lage der Betreuungszeiten und somit größere Flexibilität. In all diesen Punkten sind die Träger und die Jugendämter diejenigen, die diese Änderungen umsetzen müssen. Denn die Träger legen die Angebotsbedingungen fest, und die Jugendämter sind wesentliche Akteure, da sie für die kommunale Bedarfsplanung und damit für das öffentlich geförderte Gesamtangebot an Kinderbetreuung verantwortlich sind.

Die Kooperation zwischen Kitas und Unternehmen ist in jedem Fall ausbaufähig: Derzeit gibt es nur in 6 % der Kitas Belegplätze. Bei ihnen buchen Betriebe Betreuungsplätze für Kinder ihrer Mitarbeiter. Notfallbetreuung als Kooperationsform mit Betrieben gibt es sogar nur in 4 % der Kitas. Ferienbetreuungsangebote sind zwar mit 17 % etwas häufiger, doch immer noch stark verbesserungsfähig. Diese Zahlen zeigen, dass Kitas und Träger auf der einen und Betriebe auf der anderen Seite häufig noch zu wenig voneinander wissen. Hier liegen große Potenziale.

Ein wesentliches Ergebnis unseres Checks ist auch, dass Betriebskitas und privatgewerbliche Träger in fast allen Bereichen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Sie haben längere Öffnungszeiten am Abend und an den Wochenenden und auch bei der Festlegung von Betreuungszeiten sind sie flexibler. Der Grund liegt auf der Hand: Diese Einrichtungen und Träger kennen die Bedürfnisse von Unternehmen und Eltern. Sie sollten deshalb Vorbild für andere Träger und Kitas sein.

Eine grundlegende Forderung der IHK-Organisation ist zudem, dass alle Träger von Einrichtungen – auch die privat-gewerblichen – die öffentliche Förderung erhalten müssen, wenn sie die vorgeschriebenen qualitativen Anforderungen wie alle anderen Träger erfüllen. Hier sind die Länder gefordert, sie müssen dies flächendeckend vorschreiben.

58 % der Kitas bieten inzwischen Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Um die Wirksamkeit dieses Angebotes zu erhöhen, fordert der DIHK, dass das letzte Vorschuljahr verpflichtend und kostenlos sein soll. Zudem muss es grundsätzlich Sprachstandsfeststellungen bei Vorschulkindern geben. Bei sprachlichen Schwächen muss Sprachförderung verpflichtend sein. Hier sind die Länder gefordert. Diese Maßnahmen leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Integration und stellen im Rahmen frühkindlicher Bildung rechtzeitig wichtige Weichen.

Schließlich geben gut drei Viertel der Kitas an, dass sie auch Kinder aus anderen Kommunen aufnehmen. Das ist wichtig für Eltern, deren Arbeitsplatz nicht in der Wohnortgemeinde liegt. Dann muss es möglich sein, dass die in Anspruch genommene Kita auch die Förderung erhält. Das ist leider nicht immer der Fall, was zur Folge hat, dass Betriebe dann keine Belegplätze für Mitarbeiter-Kinder buchen. Hier sind zum einen die Länder gefordert, entsprechende, möglichst konkrete Vorgaben für Ausgleichszahlungen in ihrer Rahmengesetzgebung zu machen. Aber auch die Verantwortlichen vor Ort – und hier in erster Linie die Kommunen – müssen diese Flexibilität ermöglichen.

Am besten wäre es aber, die Betreuungsförderung mittelfristig auf ein Gutscheinsystem umzustellen. Die Beispiele Hamburg und Berlin zeigen, dass dieser Weg möglich und richtig ist. Den Gutschein müssen alle Kinder in gleichem Umfang erhalten, unabhängig von der beruflichen Situation der Eltern. Diese konsequente Förderung des einzelnen Kindes statt einzelner Einrichtungen würde die kommunenübergreifende Betreuung enorm erleichtern und zugleich einen starken Einfluss der Eltern auf die Qualität der Kitas sichern.

Zur Umsetzung der DIHK-Forderungen sollten gerade die Plattformen der Lokalen Bündnisse für Familie intensiv genutzt werden. Hier sitzen die regionalen Akteure -

darunter auch Unternehmen und IHKs - an einem Tisch und können in Kooperation miteinander Lösungen finden. In flexibleren und vielseitigeren Angeboten liegen Chancen für alle Beteiligten: Länder und Kommunen können im Standortwettbewerb um qualifizierte Fachkräfte punkten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mittlerweile zu einem wichtigen Kriterium bei der Arbeitgeberwahl junger Nachwuchskräfte geworden. Die Träger wiederum sollten sich angesichts kleiner werdender Geburtenjahrgänge ebenfalls gezielt mit sinnvollen Angeboten an Eltern und Unternehmen richten.

Das Engagement der Betriebe kann nur auf einer funktionierenden Betreuungsinfrastruktur aufsetzen. Diese Infrastruktur wird derzeit – insbesondere für die unter 3-Jährigen – bis zum Jahr 2013 ausgebaut. Dieser Ausbau ist dringend nötig, gerade in den westlichen Bundesländern. Doch der Umfang des Angebotes ist nur eine Seite. Für den Alltag von Eltern und Betrieben sind vor allem die hier dargestellten Punkte relevant. Der Kita-Check 2008 zeigt, dass noch viel zu tun ist. Nur wenn sich alle Beteiligten engagieren, können die dringend notwendigen Verbesserungen erreicht werden.